

Ernst Hillebrand

Zwischenruf:**Die europäische Linke und die Folgen der Finanzkrise****Ernst Hillebrand**

(* 1959) ist Leiter des Pariser Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Ernst.Hillebrand@fesparis.org



»Das Ende des Neoliberalismus ist gekommen« sagt die Juso-Vorsitzende. In Frankreich sehen Alt-Premierminister Michel Rocard und seine Freunde die Krise als Chance für die Linke weltweit. In den Kommentaren der konservativen Presse in ganz Europa warnt man vor den politischen Folgen: eine längerwährende Verschiebung des politischen Koordinatensystems nach links sei zu erwarten.

Sicher erscheint in der Tat, dass die kommenden Jahre von einem anderen politischen Klima geprägt sein werden. Die Dominanz des Marktradikalismus und des neoliberalen Diskurses in all seinen Spielarten geht definitiv zu Ende. Der *homo oeconomicus* zieht aus, das *zoon politikon* kommt wieder. Die kulturelle Hegemonie im Sinne Gramscis wird für einige Zeit auf Seiten derjenigen sein, die Regulierung und Einbettung von Märkten für notwendig halten und deren Menschenbild ein anderes ist als das eines individuellen Nutzenmaximierers. Linke Politik musste in den letzten Jahren gegen den herrschenden Diskurs – von der Politik über die Medien bis hin zum akademischen *Mainstream* – argumentieren. Dies wird in Zukunft anders sein.

Aber stehen wir tatsächlich am Anfang einer neuen politischen Ära? *New Deal reloaded* sozusagen, diesmal aber weltweit? Die Wiederauferstehung einer zuletzt arg gefledderten Sozialdemokratie aus der Asche des enthemmten Kapitalismus? Die

Linke sollte sich die Antwort auf diese Frage nicht zu leicht machen. Denn die politischen Konsequenzen der gegenwärtigen Krise können auch ganz andere sein. Zunächst einmal wird es darauf ankommen, wie tief die Krise wirklich geht. Sollte es sich tatsächlich um eine Krise von der Größenordnung der Weltwirtschaftskrise von 1929 handeln, dann werden die wahren Gewinner nicht die sanften Neo-Regulierer der linken und der rechten Mitte, sondern ganz andere Kräfte sein: Antisystemische, populistische Bewegungen, links und rechts des politischen *Mainstreams*. Schon jetzt deutet sich an, wie begrenzt die Handlungsmöglichkeiten der Staaten gegenüber den Krisenfolgen in der »Realwirtschaft« sind. Nur wenn es gelingen sollte, die Krise im Rahmen des bestehenden Systems erfolgreich einzuhegen und die finanziellen Kosten in einem vernünftigen Rahmen zu halten, kann diese Krise der linken Mitte zugute kommen. Wobei man die Reaktionsfähigkeit der konservativen Parteien nicht unterschätzen sollte. Der europäische Konservatismus verfügt über eine eigene Tradition staatszentrierter Politik: Von der »sozialen Marktwirtschaft« traditioneller Christdemokraten über den Korporatismus der Macmillan'schen *one-nation-tories* bis zum aktiven Etatismus des Gaullismus. Selbst die FDP könnte sich des Ordo-Liberalismus und der Freiburger Schule entsinnen. Europas Linke sollten nicht vergessen, dass die Nachkriegszeit – eine Phase des offenen sozialstaatlichen Konsenses in Europa – auch eine Epoche war, in der die Mehrheit der Staaten Europas ziemlich unangefochten von der rechten Mitte regiert wurden.

Nein, die Linke wird nicht quasi automatisch wieder an die Macht in Europa zurückkehren, auch wenn die Voraussetzun-

gen dafür besser geworden sind. Sie wird vom geänderten Zeitgeist nur dann profitieren, wenn sie die Konsequenzen aus den Niederlagen der letzten Jahre zieht und den Wählern ein neues, überzeugendes Projekt vorlegt. Dieses Projekt muss Antwort geben auf drei Probleme, die die westlichen Gesellschaften umtreiben: *Erstens* die sich weitende wirtschaftliche und soziale Kluft, die wachsende sozioökonomische Polarisierung unter den Bedingungen einer globalisierten Wirtschaft; *zweitens* die wachsende Verunsicherung, das sich ausbreitende Gefühl des Kontrollverlusts über das eigene Leben, nicht nur auf Seiten des »Prekariats«, sondern auch in den Mittelschichten; und *drittens* das sich ausbreitende Gefühl der Entfremdung, des Heimat- und Identitätsverlustes in ethnisch und religiös heterogener werdenden Gesellschaften. Ein aktiverer, wieder stärker regulierender Staat wird Teil der Antwort sein, aber als Antwort nicht ausreichen. Nur ein politisches Projekt, das auf alle drei dieser Probleme Antworten zu geben versucht, wird die Linke in Europa wieder mehrheitsfähig machen. Sollte die Linke meinen, die Krise des Neoliberalismus spendiere ihr auch ohne systematisches Nachdenken einen Freifahrt-

schein zurück an die Macht, dann hat sie sich vermutlich böse getäuscht.

Die unmittelbare politische Konsequenz wird zunächst eine ganz andere sein. Spürbar werden die Folgen der Finanzkrise weniger im Verhältnis zwischen den politischen Lagern, sondern innerhalb derselben sein. Auf der Linken wird das Begräbnis des Dritten Weges noch rascher angesetzt werden, werden diejenigen, die eine aktivere ökonomische Verantwortung des Staates fordern, deutlich erstarken. Die kurzfristige Wandlung Gordon Browns vom PPP-Fanatiker zum Serien-Verstaatlicher ist hier ein deutliches Indiz. Und auf der Rechten? Hier werden die Merkels und Rüttgers Auftrieb erhalten, jene Kräfte also, die ein Konzept eines gemäßigten, »rheinischen« Kapitalismus verfolgen. Nicolas Sarkozy wird den gaullistischen Staatsmann geben, sich seine Reden wieder von Henri Guiano schreiben lassen und die Passagen seines Wahlprogramms, in denen er die zu niedrige private Verschuldung der Franzosen als Ausdruck vormoderne Gesinnung geißelte, ganz tief in den Papierkorb stopfen. Ja, das Spektrum wird insgesamt nach links rücken. Damit sind die nächsten Wahlen aber noch nicht gewonnen.